



Versammlungsfreiheit
Freiheit Hetze Demokratie
Vielfalt Ausgrenzung
Vorurteile Meinungsfreiheit
Religionsfreiheit Terrorismus
Rassismus Menschenwürde
Toleranz Extremismus
Gleichberechtigung

Verfassungsschutzbericht 2018

Pressekonferenz am 3. Juli 2019

Überblick über die Entwicklungen in den Extremismusbereichen im Jahr 2018

Politisch motivierte Gewalt

Es gab in 2018 zwar insgesamt weniger Politisch Motivierte Kriminalität, jedoch nahm die Zahl der Gewaltdelikte deutlich zu. Im Zehn-Jahres-Vergleich befand sich die Anzahl der Delikte in beiden Bereichen auf einem hohen Niveau. Die Anzahl sowohl der antisemitischen Straftaten insgesamt als auch der antisemitischen Gewaltdelikte ist im Vergleich zum Vorjahr angestiegen.

Rechtsextremismus

Die Entwicklung des Rechtsextremismus im Berichtszeitraum ist durch zwei Elemente gekennzeichnet: Radikalisierung und Entgrenzung.

Die Radikalisierung zeigt sich unter anderem darin, dass Rechtsextremisten die derzeitige politische Situation in Endzeit- und Bürgerkriegsszenarien diskutieren und zum Teil daraus folgern, sich auf diese Auseinandersetzung vorbereiten zu müssen. Das permanente Wiederholen von Feindbildern und das rassistische Zuspitzen von gesellschaftlichen Konflikten liefert einigen Rechtsextremisten eine vermeintliche Rechtfertigung für Gewalttaten. Es besteht die Gefahr, dass sich in diesem ideologischen Umfeld rechtsterroristische Strukturen oder Einzeltäter entwickeln könnten.

Ein anderer Teil des Rechtsextremismus, insbesondere die Neue Rechte, versucht die Stigmatisierung des Rechtsextremismus aufzubrechen, den politischen Diskurs nach „Rechts“ zu verschieben und somit anschlussfähig für die Mitte der Gesellschaft zu werden. Man möchte den Rechtsextremismus entgrenzen.

Reichsbürger erkennen die Existenz der Bundesrepublik Deutschland nicht an und versuchen die Behörden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu behindern. Bislang konnte der Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen rund 3.200 Anhänger identifizieren.

Linksextremismus

Prägend für die Entwicklung des Linksextremismus im Berichtszeitraum ist die autonome linksextremistische Szene. Diese agiert in NRW wie auch bundesweit weiterhin eher aktionsorientiert als ideologiefixiert. Gewalt stellt für diese Szene dabei ein immer stärker akzeptiertes Mittel im Kampf gegen den Staat und andere politische Gegner dar.

Auch im Jahr 2018 hat sich im Bereich des Hambacher Forstes die Gewaltausübung von Linksextremisten der autonomen Szene weiter verschärft. Neben fortgesetzten Übergriffen gegen das Personal des Unternehmens RWE stiegen die Straftaten gegen Polizeikräfte in Anzahl und Ausmaß erheblich.

Die dort agierende gewaltorientierte linksextremistische Szene verfügt gleichwohl nach wie vor über ein hohes Maß an Anschlussfähigkeit an das demokratische ökologische Protestspektrum. Zunehmend wird jedoch deutlich, dass Ziel der Besetzer weniger der Umweltschutz als vielmehr die Schaffung autonomer Gebiete und die gewaltsame Überwindung des kapitalistischen Systems ist. Ebenfalls festzustellen ist eine wachsende internationale Vernetzung der Szene.

Auslandsbezogener Extremismus

Nach wie vor spielen die Auseinandersetzungen in den kurdischen Siedlungsgebieten sowie die Haftbedingungen und der Gesundheitszustand Abdullah Öcalans eine wesentliche Rolle für das Aktionsverhalten PKK-naher Organisationen.

Generell gelingt es nationalistischen und rechtsextremistischen türkischen Organisationen wie auch linksextremistischen und PKK-nahen Organisationen sowohl mediale Aufmerksamkeit als auch eine Mobilisierung ihrer Zielgruppen zu erreichen. Rechte und linke türkische Gruppierungen polarisieren dabei und scheuen beim Aufeinandertreffen auch körperliche Auseinandersetzungen nicht. Der Grad der Militanz, der sich im Versammlungsgeschehen oder aber in der direkten Konfrontation mit dem politischen Gegner hierzulande abbildet, ist im Wesentlichen abhängig davon, wie konfrontativ die politischen Auseinandersetzungen in der Türkei geführt werden. Insofern wirkt sich die innenpolitische Lage in der Türkei immer wieder auf die innere Sicherheit in NRW aus.

Islamismus

Vom jihadistischen Salafismus geht nach wie vor eine ernstzunehmende terroristische Gefahr aus. Auch nach der militärischen Niederlage des sogenannten „Islamischen Staates“ besteht die Gefahr terroristischer Anschläge in Deutschland fort. Insbesondere jihadistisch motivierte oder instruierte Einzeltäter ohne feste Organisationsbindung stellen ein hohes Risikopotenzial dar. Auch von den Rückkehrern aus den jihadistischen Kampfgebieten unter denen zurzeit überwiegend Frauen und deren Kinder sind, gehen Gefahren aus, weil sie Kampferprobt und Waffenerfahren seien können, oder - und das gilt auch für Frauen - die Szene weiter ideologisieren und radikalisieren.

Im Bereich des politischen Salafismus zeichnen sich Veränderungen ab: Vereinsverbote und strafrechtliche Maßnahmen haben die öffentliche Straßenmissionierung zum Erliegen gebracht und die Wachstumsdynamik der salafistischen Szene hat sich abgeschwächt. Die Ausbildung neuer Aktionsformen und Organisationsstrukturen ist zu erwarten.

Im Berichtsjahr 2018 sind Hilfsorganisationen aus dem extremistisch-salafistischen Spektrum, die sogenannte Gefangenenhilfe und virtuelle Netzwerke aktiv und binden die Szene. Traditioneller Islamismus drängt zunehmend in die Zivilgesellschaft. Islamistische Organisationen und Netzwerke – insbesondere aus dem Spektrum der Muslimbruderschaft – versuchen sich als vermeintlich unproblematische Alternative zum extremistischen Salafismus in der deutschen Öffentlichkeit zu platzieren, um somit gesellschaftliche Akzeptanz zu erwerben.

Spionageabwehr und Wirtschaftsschutz

Das Internet hat sich zum fest etablierten Operationsraum für fremde Nachrichtendienste entwickelt. Das Netz bietet dabei vielfältige Möglichkeiten: Von klassischer Spionage über die Einflussnahme auf politische Systeme bis zur Vorbereitung und Durchführung von Sabotage-Aktionen.

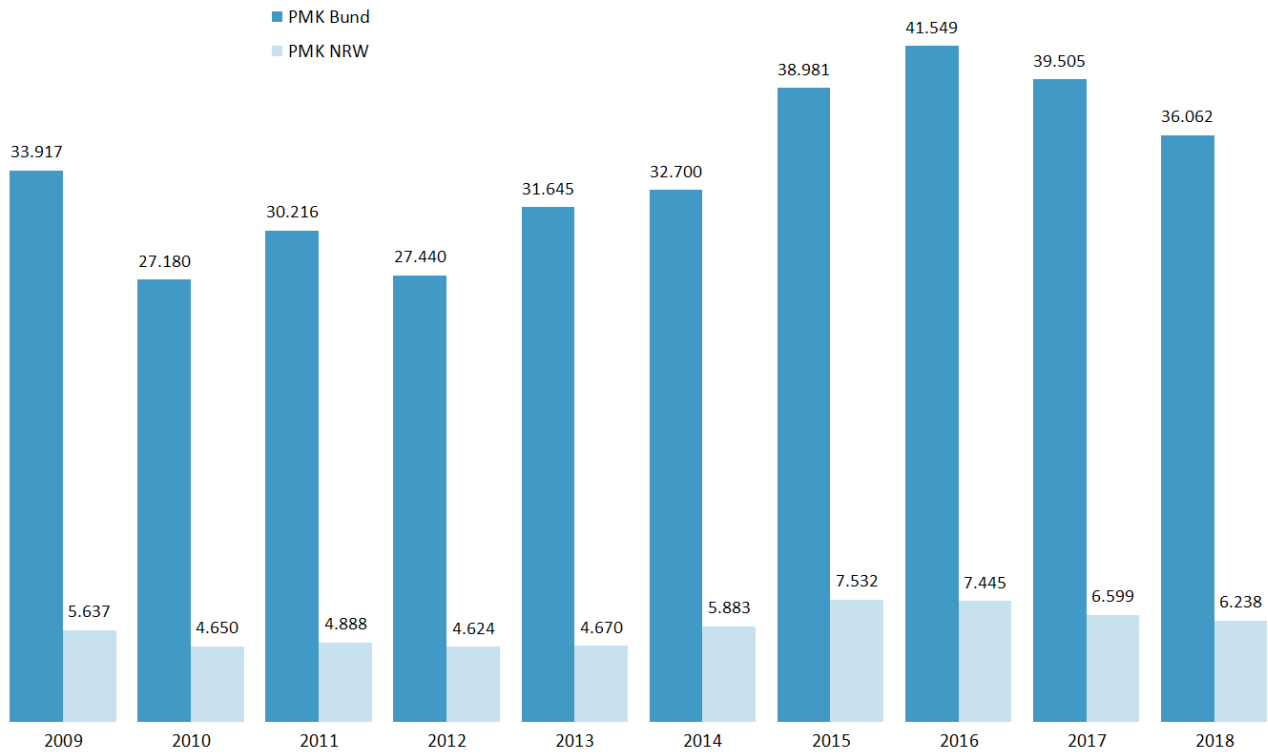
Ein neues „Lagebild Wirtschaftsschutz in Nordrhein-Westfalen“ der Sicherheitspartnerschaft NRW soll zukünftig kleine und mittlere Unternehmen in die Lage versetzen, ihr eigenes Schutzniveau besser einzuschätzen und Handlungsbedarfe zu erkennen. Es soll zudem dabei helfen, den Wirtschaftsschutz des Verfassungsschutzes gezielter auszurichten.

Prävention

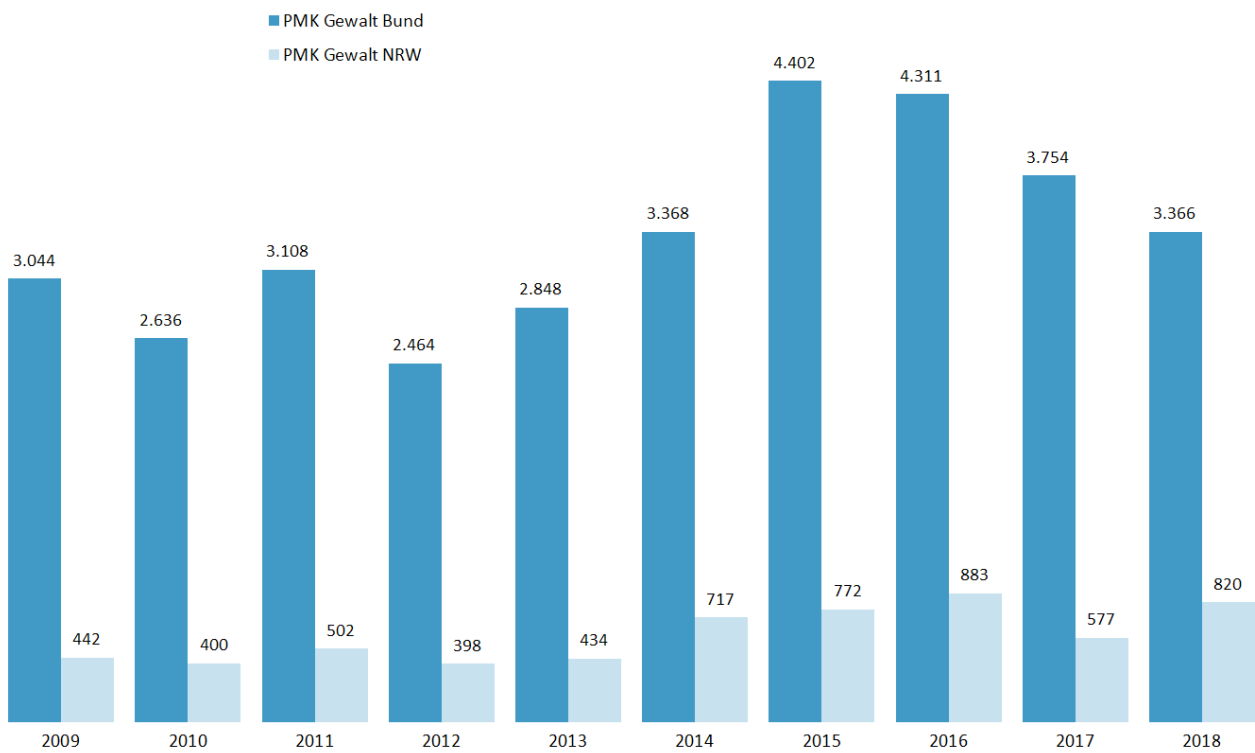
Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen hat seine Präventionsmaßnahmen nochmals erweitert und die Vernetzung mit Akteuren in Staat, Gesellschaft und Wissenschaft weiter erhöht. Durch das Wegweiser-Programm, das bereits von Beginn an mit einem breiten kommunalen Netzwerk zusammenarbeitet, wurden bis Ende 2018 in 18 landesweit verteilten Standorten über 800 junge Menschen individuell betreut. Das Aussteigerprogramm „Spurwechsel“(Rechtsextremismus) und das „Aussteigerprogramm Islamismus (API)“ werden weiter sehr stark nachgefragt. Im September 2018 startete das Aussteigerprogramm „left“ für Szeneangehörige des Links- und auslandsbezogenen Extremismus und verzeichnet seit Beginn ein wachsendes Fallaufkommen. Damit bietet der Verfassungsschutz NRW erstmals für alle Phänomenbereiche professionelle Hilfen zum Ausstieg an.

In der unbefristeten Interministeriellen Arbeitsgruppe „Salafismusprävention“ zur Bekämpfung des gewaltbereiten verfassungsfeindlichen Salafismus wurde unter Einbeziehung der Wissenschaft sowie Expertinnen und Experten aus Zivilgesellschaft und Praxis ein fortwährendes Netzwerk geschaffen, das ressortübergreifend und nachhaltig Programme und Projekte zur Salafismusprävention umsetzt.

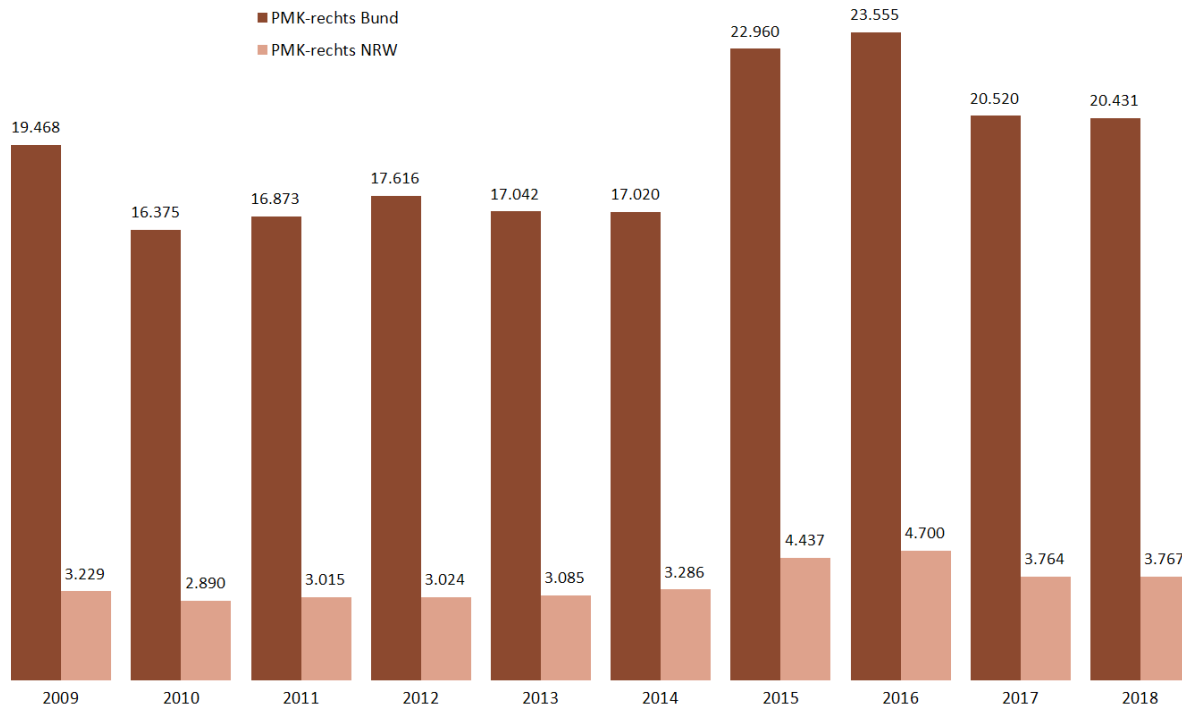
Gesamtentwicklung der Politisch motivierten Kriminalität



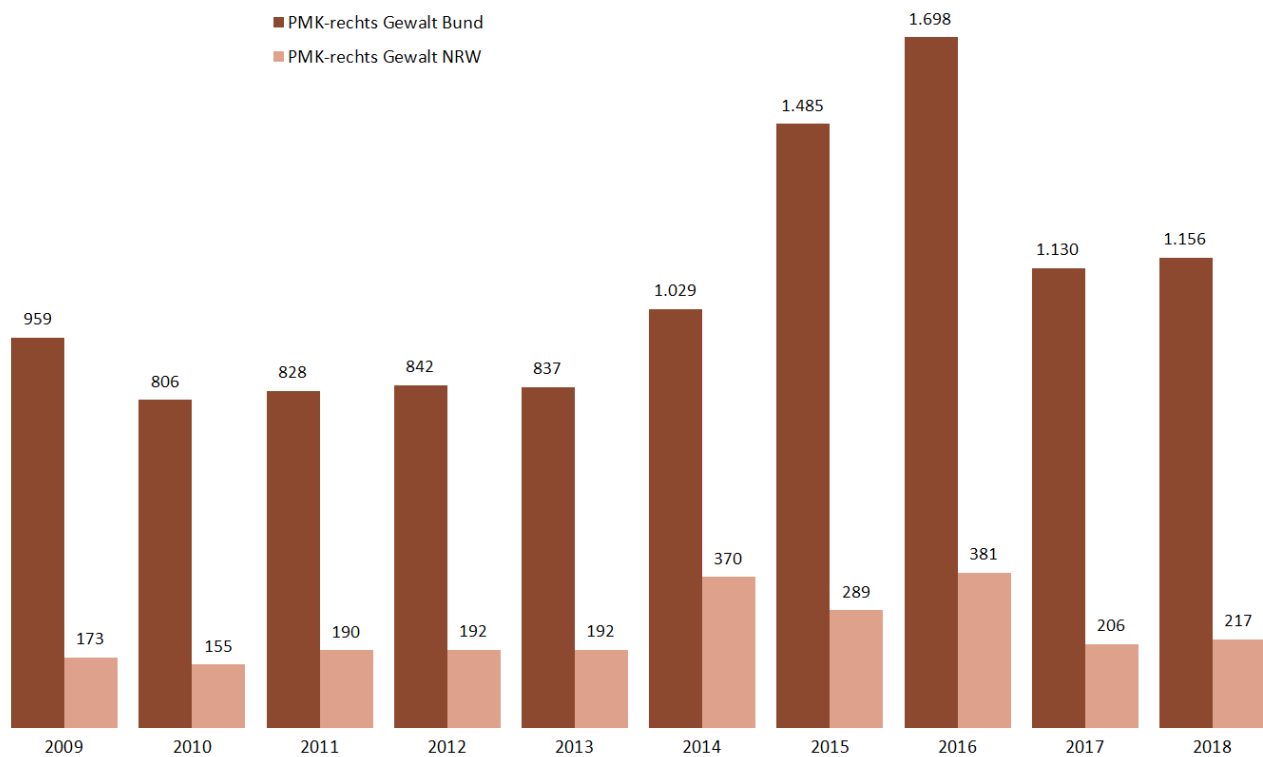
Gewaltdelikte der Politisch motivierten Kriminalität



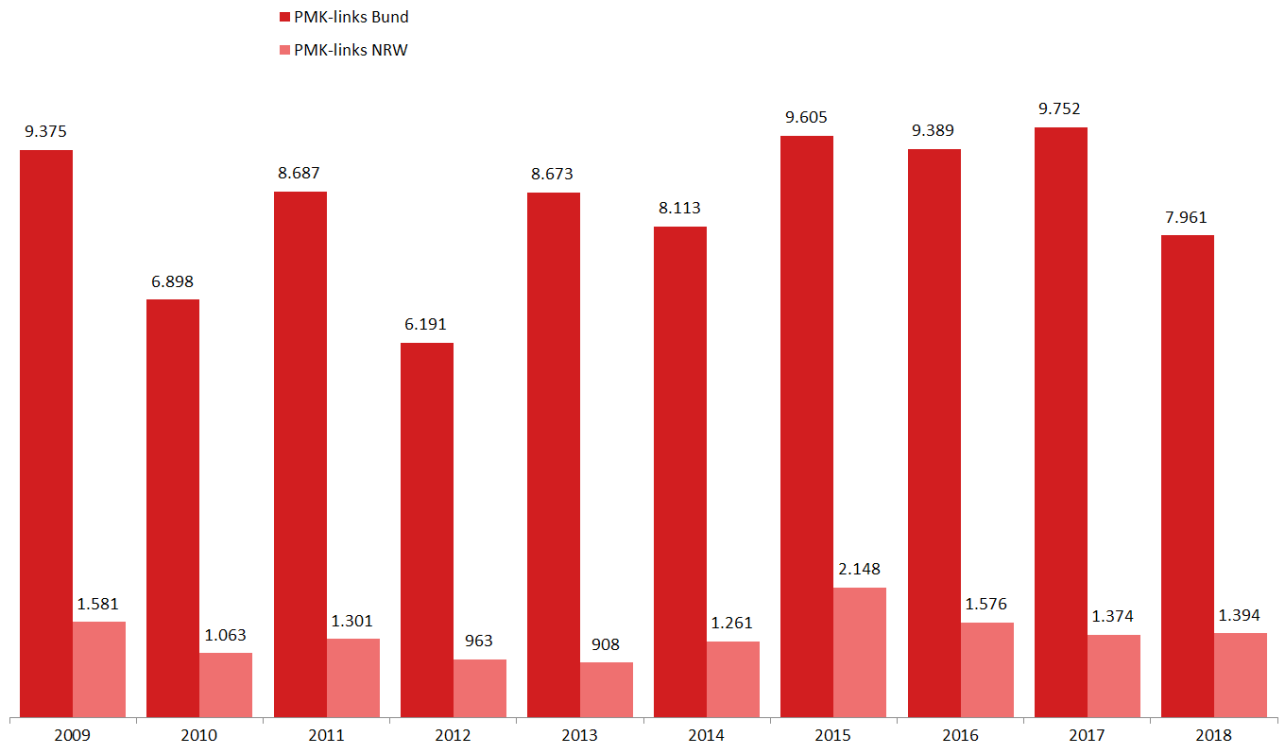
Politisch motivierte Kriminalität-Rechts



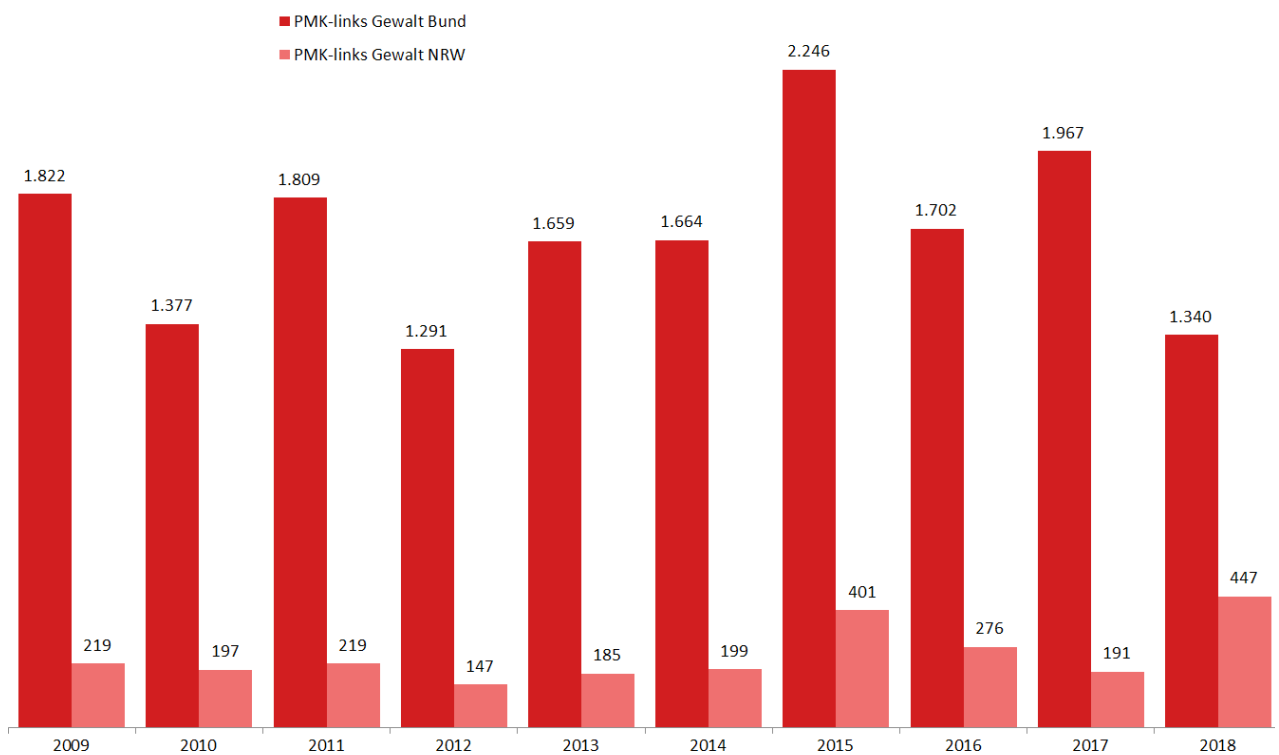
Gewaltdelikte der Politisch motivierten Kriminalität-Rechts



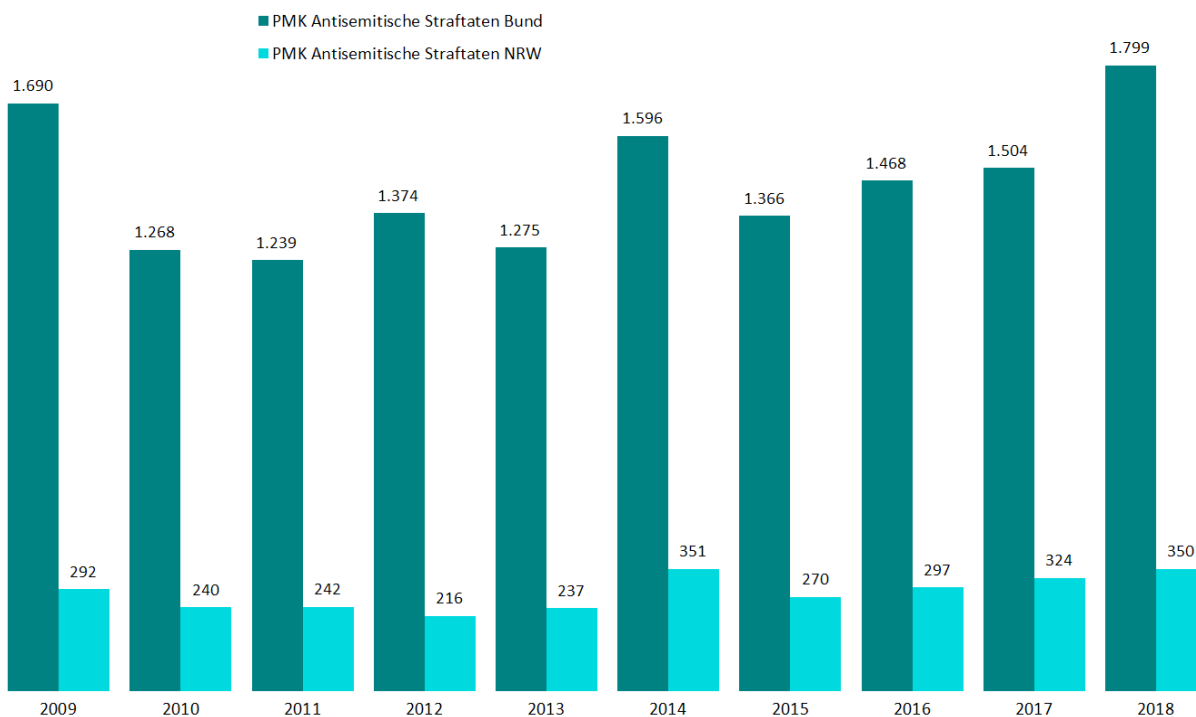
Politisch motivierte Kriminalität-Links



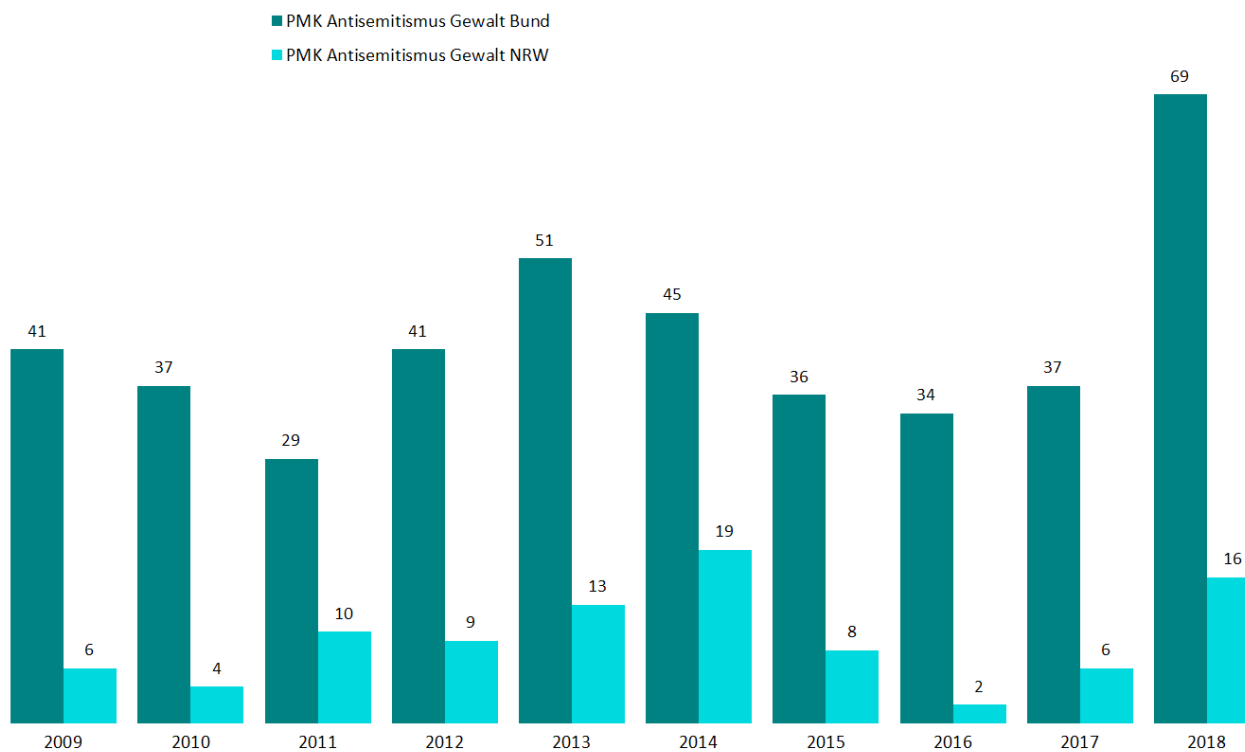
Gewaltdelikte der Politisch motivierten Kriminalität-Links



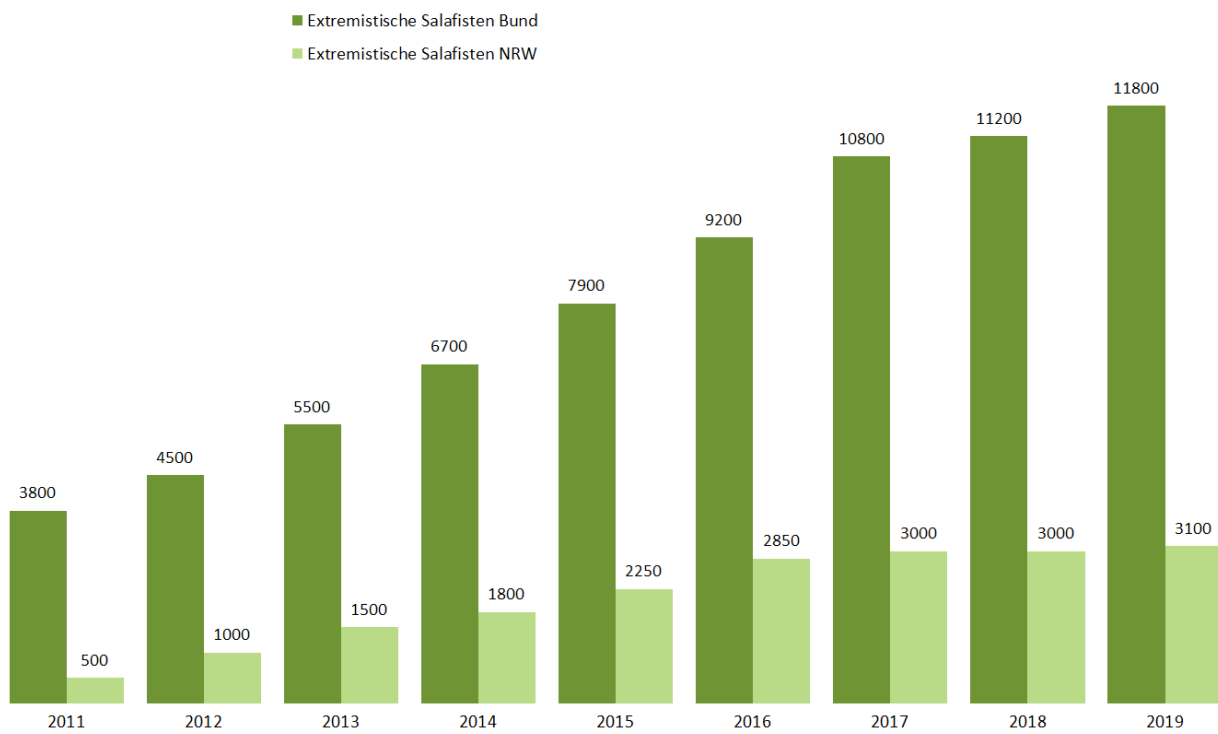
Antisemitische Straftaten



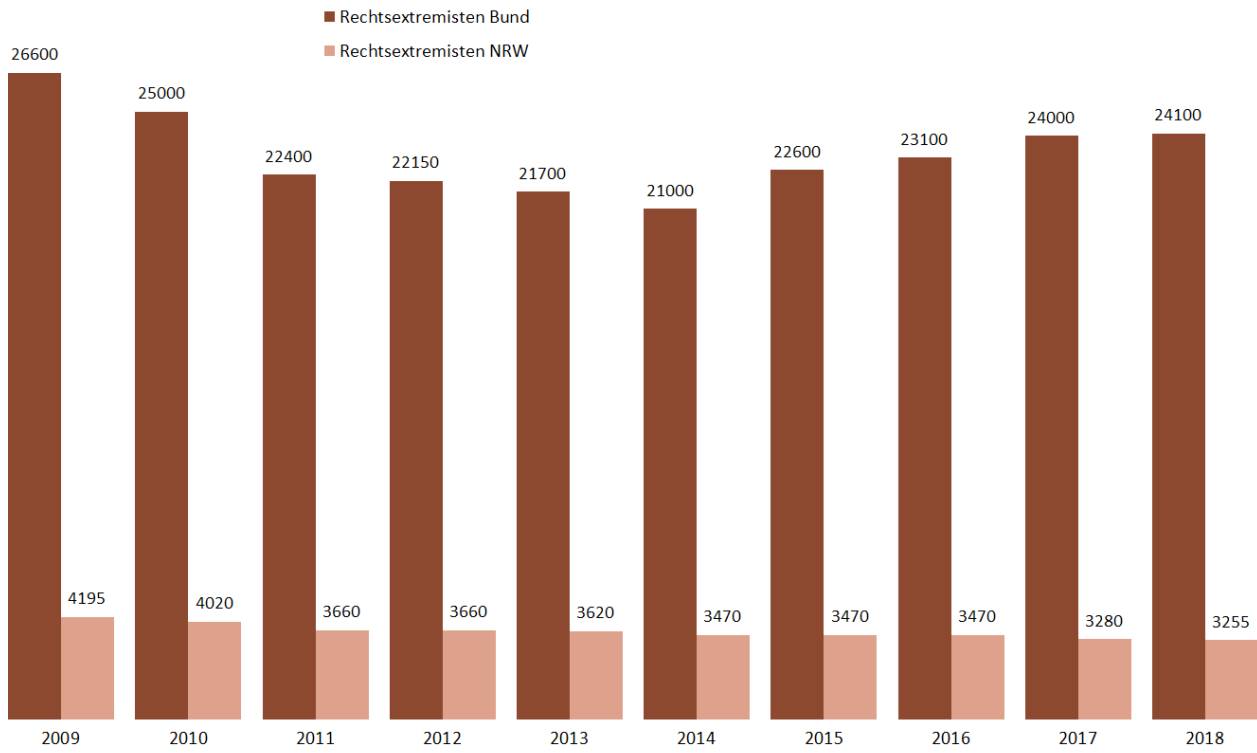
Antisemitische Gewaltdelikte



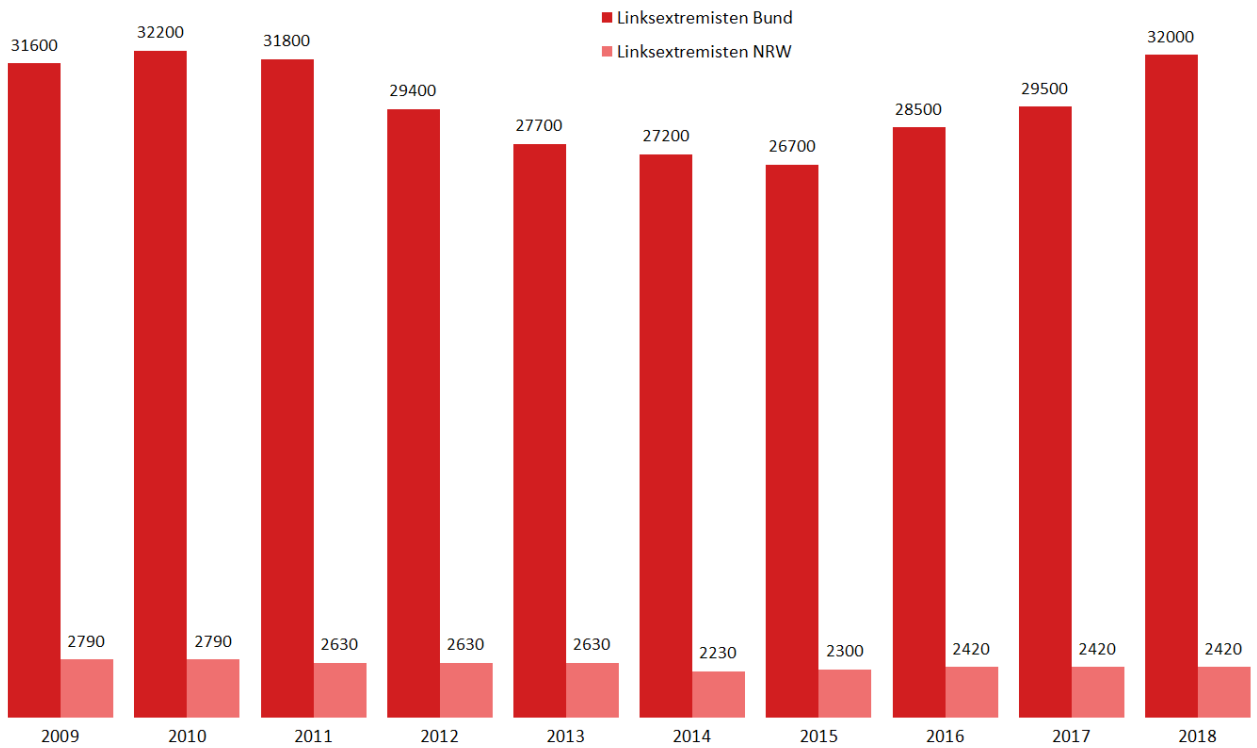
Personenpotenzial Salafismus



Personenpotenzial im Rechtsextremismus



Personenpotenzial im Linksextremismus



**PMK - Deliktgruppen der Phänomenbereiche im Jahresvergleich
(2017 in Klammern)**

Deliktgruppen	PMK-rechts-	PMK-links-	PMK-ausländische	PMK -religiöse	PMK-nicht
	2018	2018	Ideologie- 2018	Ideologie 2018	zuzuordnen- 2018
Tötungsdelikte	1 (2)	0 (1)	1 (1)	0 (0)	0 (0)
Brand- und Sprengstoffdelikte	3 (14)	16 (21)	1 (0)	0 (1)	4 (7)
Landfriedensbruchdelikte	0 (0)	28 (12)	7 (6)	0 (0)	1 (0)
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs-, Luft- und Straßenverkehr	4 (1)	22 (28)	0 (1)	0 (0)	0 (5)
Körperverletzungsdelikte	190 (172)	119 (85)	81 (106)	7 (11)	14 (21)
Widerstandshandlungen	18 (16)	260 (40)	26 (5)	1 (2)	4 (3)
Raub, Erpressung, Freiheitsberaubung	1 (1)	2 (4)	3 (2)	0 (1)	6 (8)
Sexualdelikte	0 (0)	0 (0)	0 (0)	0 (0)	0 (0)
Zwischensumme	217 (206)	447 (191)	119 (121)	8 (15)	29 (44)
Bedrohungen, Nötigungen	61 (47)	21 (30)	30 (19)	9 (25)	20 (29)
Sachbeschädigungen	176 (313)	413 (619)	58 (51)	5 (11)	94 (412)
Propagandadelikte	2242 (2062)	13 (29)	7 (13)	4 (4)	156 (165)
Volkserhetzungen	588 (700)	6 (6)	27 (20)	6 (6)	14 (17)
Störungen des öffentlichen Friedens	12 (16)	11 (5)	5 (5)	2 (16)	4 (8)
Beleidigungen	384 (289)	154 (113)	64 (53)	3 (9)	64 (96)
Verstöße gegen das VereinsG	0 (0)	3 (0)	197 (89)	1 (4)	0 (0)
Verstöße gegen das VersG	16 (36)	108 (209)	77 (68)	0 (1)	6 (8)
Sonstige Straftaten	71 (95)	218 (172)	26 (9)	16 (35)	26 (108)
Gesamt	3767 (3764)	1394 (1374)	610 (448)	54 (126)	413 (887)

